

Meinung

Sozialstaat

Danke für nichts

Lieber Staat, wir müssen über unseren Deal reden.

Ich arbeite. Du kassierst: Lohnsteuer, Krankenversicherung, Rentenversicherung, Pflegeversicherung, Arbeitslosenversicherung. Und wenn mein Netto nach dieser Begegnung kurz glaubt, es dürfe jetzt mir gehören, stehst du schon wieder hinter mir. An der Supermarktkasse, an der Tankstelle, auf der Stromrechnung, in der Miete, beim Glas Wein, beim Handyvertrag, beim Fliegen, beim Wohnen, beim Essen und im Briefkasten mit dem Rundfunkbeitrag.

Du bist wirklich zuverlässig, wenn du Geld brauchst.

Wenn es ums Nehmen geht, bist du ein Schweizer Uhrwerk. Beim Auszahlen eher ein Faxgerät in einer Behörde, die nur nach Termin arbeitet.

Dabei will ich keinen Gratisstaat. Ich will funktionierende Straßen, Schulen, Krankenhäuser, Pflege, Polizei und Sozialleistungen. Solidarität kostet Geld. Zivilisation auch. Ich zahle meinen Anteil. Aber dann will ich im Ernstfall auch zurückbekommen, was mir zusteht.

Deutschland belastet einen alleinstehenden Durchschnittsverdiener ohne Kinder mit 49,3 Prozent der gesamten Arbeitskosten durch Steuern und Sozialabgaben. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 35,1 Prozent. Nur Belgien liegt noch vor uns. Silber also. Immerhin aufs Treppchen geschafft.

Druck durch Existenzsorgen

Doch bei der Unterstützung geht Dir gern die Kondition aus. Wer wirklich krank ist, sollte nach sechs Wochen nicht plötzlich finanziell abstürzen. Gerade bei Burn-out, Depressionen, Krebs oder schweren körperlichen Erkrankungen braucht man Zeit, um wieder gesund zu werden – und nicht zusätzlichen Druck durch Existenzsorgen. Krankengeld ist ohnehin kein bequemer Urlaub: Es liegt unter dem normalen Einkommen, während Miete, Strom und Lebensmittel weiterlaufen.

Aber weil diese Unterstützung wichtig ist, muss sie auch glaubwürdig bleiben. Es kann nicht sein, dass Menschen eine Krankenschreibung als verlängerte Auszeit behandeln, während Unternehmen und Beitragszahler die Kosten tragen.

Deshalb wäre eine Staffelung sinnvoll. Am Anfang gilt Vertrauen in die ärztliche Diagnose. Bei sehr langen, auffälligen oder häufig wiederkehrenden Fällen sollte jedoch eine unabhängige Prüfung durch den Medi-

zinischen Dienst erfolgen. Nicht als Strafe für Kranke, sondern damit Hilfe bei denen ankommt, die sie wirklich brauchen.

Ich kenne jemanden, der lange gearbeitet hat. Immer funktioniert hat. Termine eingehalten, Pflichten erfüllt, durchgezogen. Heute kostet schon ein Telefonat Kraft. Ein Arzttermin ist kein Termin, sondern eine Expedition. Und genau dann beginnt die deutsche Schnitzeljagd.

Welche Stelle? Welcher Antrag? Welcher Nachweis? Welcher Nachweis für den Nachweis? Welche Unterlage muss man einreichen, um glaubhaft zu machen, dass man gerade nicht die Kraft hat, Unterlagen einzureichen? Ein kranker Mensch sollte Patient sein dürfen. Nicht Projektmanager der eigenen Hilfsbedürftigkeit.

Und wenn das Geld nicht reicht? Dann Wohngeld beantragen. Gute Idee. In Pankow beträgt die durchschnittliche Bearbeitungszeit aktuell neun Wochen. Neun Wochen, um festzustellen, ob jemand zu wenig Geld hat. Man muss in Deutschland offenbar erst genügend Geld haben, um die Zeit zu überbrücken, bis der Staat offiziell bestätigt, dass man zu wenig Geld hat. Das ist keine Verwaltung. Das ist ein Escape Room für Arme.

Vielleicht sollten die anderen Ämter beim Finanzamt Praktika machen. Oder beim Beitragsservice. Dann käme der Bewilligungsschein eventuell nicht erst neun Wochen später. Ein Wohngeldbescheid mit der Entschlossenheit einer Mahnung vom Finanzamt: Das wäre mal eine Verwaltungsreform.

Und dann ist da die alleinerziehende Mutter. Sie steht an der Supermarktkasse und rechnet nicht in Rendite, sondern in Abendessen: Obst oder Waschmittel. Fahrkarte oder Winterjacke. Vielleicht geht beides – wenn diesen Monat nichts kaputtgeht.

Sie bekommt 259 Euro Kindergeld. Genauso viel bekommt die Familie, bei der diese 259 Euro am Monatsanfang direkt ins Juniordepot wandern: ETF, Zinseszins, mit 18 ein netter Start ins Leben. Ich gönne jedem Kind dieses Depot. Aber Gleichbehandlung ist nicht automatisch Gerechtigkeit. Der Staat überweist beiden denselben Betrag und nennt das fair. Es ist vor allem einfach.

Und dann, lieber Staat, erzählst du uns seit Jahren, dass du dringend Kinder brauchst. Wegen Fachkräften. Wegen Rente. Wegen Pflege. Wegen Zukunft. Kurz: Du brauchst Nachwuchs.

Ein Paar sagt dir: Wir würden dir diesen Wunsch ja gern erfüllen. Es klappt nur medizinisch nicht. Und du antwortest: Dann übernehmen wir die Hälfte. Unter engen



GINA WENDT



STEPHANIE PILICK/DPA

Voraussetzungen zahlst du 50 Prozent der Kosten für die ersten drei Versuche einer künstlichen Befruchtung.

Viel Glück mit dem Kinderwunsch. Und falls es nicht klappt, bitte den Rest selbst finanzieren.

Du musst nur nach Israel schauen. Dort werden Kinderwunschbehandlungen für die ersten beiden Kinder weitgehend finanziert. Israel hat die höchste Geburtenrate der OECD. Das liegt nicht nur daran – aber es zeigt, was passiert, wenn ein Staat Kinder nicht nur fordert, sondern aktiv fördert.

Kommen wir zum Alter. Vor einiger Zeit fragte mich ein älterer Mann nach meiner Pfandflasche. Seine Rente reiche nicht, sagte er. Er habe sein Leben lang gearbeitet. Vielleicht kann man sofort erklären, dass ein Einzelfall keine Statistik ist. Dass Pfandsammeln nicht automatisch Armut bedeutet. Alles richtig. Aber dann bleibt trotzdem diese eine Frage stehen: Warum steht in einem reichen Land ein alter Mann vor mir und bittet um 25 Cent?

Das Würdeproblem

Im Dezember 2025 erhielten 764.065 Menschen im Rentenalter Grundsicherung. 764.065 Menschen, bei denen Rente oder sonstiges Einkommen nicht ausreichen, um das Leben zu bezahlen. Das ist keine Randnotiz. Das ist eine mittlere Großstadt voller Menschen, die nach einem langen Leben noch einmal beim Staat erklären müssen, dass sie nicht genug haben.

Ein Land, in dem alte Menschen nach einem Arbeitsleben Pfandflaschen sammeln müssen, hat nicht nur ein Rentenproblem. Es hat ein Würdeproblem.

Dann kommt die Pflege. Dieses besonders schöne Kapitel im Kleingedruckten unseres Sozialstaatsvertrags. Man zahlt jahrzehntelang Pflegeversicherung. Man arbeitet, spart, sorgt vor. Und wenn Pflege dann tatsächlich eintritt, liegt die durchschnittliche Eigenbelastung im ersten Jahr im Heim bei 3364 Euro im Monat – der Zuschuss der Pflegeversicherung bereits eingerechnet. Darin stecken neben dem verbleibenden Pflegeanteil auch Unterkunft, Verpflegung und Investitionskosten.

Ja, natürlich kostet Wohnen auch im Pflegeheim Geld. Niemand verlangt ein staatlich garantiertes Erbe. Trotzdem eine beachtliche Summe für ein System, in das man jahrzehntelang eingezahlt hat. Was genau versichert die Pflegeversicherung dann eigentlich?

„Teilabsicherung“, sagt das System. Das klingt, als bestelle man ein Brötchen und bekäme dafür die Hälfte einer Serviette.

Der Ablauf lautet offenbar: Arbeiten. Einzahlen. Vorsorgen. Pflegebedürftig werden. Ersparnis einsetzen. Bedürftigkeit nachweisen. Hoffen, dass die Kinder nicht schon selbst an ihren Grenzen leben. Und wenn alles weg ist, hilft der Staat. Nach Prüfung. Die Bearbeitung kann einige Wochen dauern. Wir bitten darum, bis dahin nicht noch dringender Hilfe zu brauchen.

Auch im Bundestag spricht man gern über Eigenverantwortung und private Vorsorge. Für Abgeordnete gilt bei der Altersversorgung allerdings ein eigenes Modell: Nach einem Jahr Mandat entsteht ein Anspruch auf Altersentschädigung in Höhe von 2,5 Prozent der Abgeordnetenentschädigung; mit jedem weiteren Mandatsjahr steigt er.

Ich gönne Politikern eine ordentliche Altersversorgung. Aber es ist schon bemerkenswert, wie überzeugend sich „länger arbeiten“, „mehr arbeiten“ und „Eigenverantwortung“ anhören, wenn man selbst nicht im selben System altert wie die Menschen, denen man es erklärt. Nicht wahr, Herr Merz?

Und ja, lieber Staat, ich sehe auch, dass du Geld außerhalb Deutschlands aus gibst: für Radwege in Peru, internationale Klimafonds, Verkehrswende in anderen Metropolen. Seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hat Deutschland mehr als 43,3 Milliarden Euro zivile und rund 57,6 Milliarden Euro militärische Unterstützung geleistet oder für die kommenden Jahre eingeplant.

Bitte hör endlich auf, die Würde der eigenen Bürger gegen außenpolitische Verantwortung auszuspielen. Ein handlungsfähiger Staat muss beides können. Wenn etwas politische Priorität hat, werden Milliarden organisiert, Verfahren beschleunigt und Haushalte geöffnet. Warum gelingt diese Entschlossenheit so selten erstmal im eigenen Land?

Ich bin nicht wütend, weil du Geld kosterst. Ich bin wütend, weil du Solidarität versprichst und im Ernstfall Kleingedrucktes lieferst.

In deinem Grundgesetz steht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Aber Würde ist nicht nur die Frage, ob jemand am Ende noch eine Grundsicherung bekommt. Würde heißt auch, nicht bei jeder Krise das Gefühl zu haben, allein dazustehen.

Denn ich zahle nicht für Mitleid. Ich zahle für Verlässlichkeit.

Danke, lieber Staat.
Deine Bürgerin

Auskoppelung des Beitrages mit freundlicher Genehmigung der Autorin und des Verlages.